

Beyugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, für die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummer 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Buchhandlungen ange-
nommen. Im amtlichen Zeitungsver-
zeichnis unter Code-Zeitung eingetrag-
en. Für unentgeltlich eingetragene
Manuskripte ist keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe, Code-Zeitung ge-
halten. Schriftl. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigenkammer Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Kasse Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werber d. 6. Sept. 1910. 34mm Br. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 J. berechn. u. in unserer An-
nahmenliste u. allen Anzeigenge-
büllern angenommen. Reklam
die 92 mm Br. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahme d. 11. Sept. 1910.
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. abds.
6 Uhr. Abbestellen gegen, soweit zu-
ständig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schick-
lein. u. Haupt-Postfachstelle: Halle,
Post-Direktion 14, Gr. Brau-
hausstr. 17. Neben-Postfachstelle,
1. Markt 24 und Groß-Blücherstr. 52.

Nr. 517.

Halle, Dienstag, den 4. November.

1910.

Zur Einstellung des Bahnverkehrs.

WB. Berlin, 3. Nov. (Drahtnachricht.) Um den
verfügbaren Wagenpark für Zwecke der Allgemeinheit voll-
ständig zu machen, treten weitere Maßnahmen des Reichs-
verkehrsministeriums unmittelbar bevor. Durch diese Ver-
ordnungen wird die eigenmächtige Weiterführung der Ver-
ordnung von Waggonen unterbunden und unter strenger Aufsicht
gestellt. Soweit bei Privatwagen für Kohlenpendungen die
Gesetze festsetzt, daß durch ihre Benutzung die gleichmäßige
Verteilung der Kohlen leistungsfähig wird, werden sie der
Verwendung für die Allgemeinheit zugelassen werden.

Einstellung des Personenverkehrs auch in Sachsen.

Dresden, 3. Nov. Bezüglich der Einstellung des
Personenverkehrs wird WB. mitgeteilt, daß die Genera-
ldirektion der sächsischen Staatsbahnen zwar auf die
bedenklichen Folgen dieser einschneidenden Maßnah-
men hingewiesen habe, sich aber schließlich den von der
Reichsleitung angegebenen Gründen nicht habe ver-
schieben können, so daß auch für Sachsen der Per-
sonenverkehr vom 5. bis 15. November eingestellt
wird.

Jeder Personenverkehr vollständig ausgeschlossen.

Berlin, 3. Nov. (Drahtnachricht.) Infolge der
bevorstehenden Einstellung des Personenverkehrs auf
den Eisenbahnen fällt die Möglichkeit fort, die Posten-
dienste in den Sächsischen und Personenzügen zu befördern.
Zusammenfassend können auf den Hauptstrecken nur noch
Süßmilchzüge und die übrigen Güterzüge für den Post-
verkehr benutzt werden. Die damit verknüpfte Ausfalls-
leistung einer großen Zahl von Wagnisposten macht es
unmöglich, die Annahme von Werbeposten und Post-
paketen (ausgenommen Medikamente und Pressebestän-
de) für kurze Zeit zu sperren. Um den Telegraphen für
die wirklich wichtigen Telegramme betriebsfähig er-
halten zu können, wird die Annahme von Glückwüns-
den und Begrüßungs-Telegrammen, sowie von Telegrammen
in nicht dringlichen Familienangelegenheiten und derg-
leichen bis auf weiteres eingestellt.

Einschränkung des Telegraphen- und Paketverkehrs.

WB. Berlin, 3. Nov. (Drahtnachricht.) Vom
Ministerium der öffentlichen Arbeiten wird mitgeteilt:
Die anlässlich der Erörterungen über die bevor-
stehende Einstellung des Personenverkehrs in der Zeit
vom 5. bis 15. November hier von mehreren Tages-
zeitungen gebrauchte Nachricht, die Eisenbahnverwaltung
bestimmte zur Ermöglichung eines beschränkten Per-
sonenverkehrs im Zuge, die bisher als reine Güterzüge
geführt wurden, Bestimmungen anzunehmen, ist unzu-
treffend. Es kann daher nur genannt werden, daß eine
Beschränkungsmöglichkeit dieser Art zu rechnen. Anträge
auf Zulassung von Reisenden zur Mitfahrt in Güter-
wagen sind zwecklos.

Wiedereinführung des Achtstundentages im sächsischen Bergbau.

Dresden, 3. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In
Erkenntnis der kritischen Lage in der Industrie haben
zunehmend auch die Bergbauern der sächsischen Steins-
und Braunkohlenwerke im Eintrage mit dem Reichs-
bergbauernverbande die Wiedereinführung des Achtstun-
dentages beschlossen, zunächst bis Ende März nächsten
Jahres. Sollte sich eine Verlängerung dieser Maßnahme
als notwendig erweisen, so soll eine für den 15. Februar
vorgesehene Verammlung darüber beschließen. Auch die
Sonns- und Feiertagsarbeit soll wieder aufgenommen
werden. Wie wir hören, sind bereits am Reformations-
tage sämtliche Bergbauern vollständig eingetreten.

Der Metallarbeiterstreik verschärft sich.

Berlin, 3. Nov. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat die
Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes mit 4000
gegen 17 Stimmen beschlossen: Die Fortwähren der Unter-
nehmer über die Arbeitsaufnahme sind nicht annehmbar.
Der Streik ist keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.
Die Streikenden, Unzufriedenen und Entlassenen sind bei
Wiederaufnahme der Arbeit gleichzustellen und alle Ent-
lassungen rückgängig zu machen. Die Generalversammlung
ruft alle noch arbeitenden Metallarbeiter Groß-Berlins auf,
sowie in den Solidaritätsstreik einzutreten, und fordert, daß
die politischen Vertretungen der Arbeiterschaft den General-
streik nach Ablauf von 38 Stunden erklären, wenn die Unter-
nehmer von ihrem bisherigen Verhalten nicht ablassen.

Streik der Angestellten in Dresden.

WB. Dresden, 3. Nov. Die kaufmännischen
Angestellten des Großhandels, der Industrie, des
Handels, des Regens und Polizeiwesens sind heute noch

mittags zur Durchführung ihrer Tarifforderungen in den
Ausstand getreten. Die Expedition und Schifffahrt ruhen
vollkommen, darunter auch der Hafenbetrieb. Die
Lebensmittelversorgung ist unterbrochen. Vollständig
ausgeschlossen sind die Angestellten der Jute- und Textil-
werke Großbetriebe des Handels und der Industrie.
Ruble ebenfalls vollständig. Heute nachmittags 4 Uhr
finden erneut Verhandlungen zwischen den beiden Par-
teien statt.

Ausweisung des Wiesbadener Bürger- meisters.

**WB. Frankfurt a. M., 3. Nov. (Drahtnach-
richt.)** Der Oberbürgermeister von Wiesbaden,
Dr. Gläufig, hat nach einer Meldung der „Frankfurter
Zeitung“ heute früh von den Franzosen den Aus-
weisungsbefehl erhalten. Er muß innerhalb 48 Stunden
unter der Begleitung französischer Gendarmen das be-
setzte Gebiet verlassen.

Bestimmungen über die Revolutions- feier in Berlin.

Berlin, 3. Nov. Für die Revolutionsfeier am 9. No-
vember in Berlin wird die Vorführung betreffend An-
meldung von Versammlungen und Feiern in geschlos-
senen Räumen aufgehoben. Beschäftigte Versammlungen
unter freiem Himmel an der Peripherie Berlins sind
gestattet. Jedoch sind Demonstrationen, sowie Ver-
sammlungen unter freiem Himmel in der Innenstadt
verboten. Für den 7. November, den Jahrestag der
russischen Revolution, bleiben die Vorschriften des Be-
lagerungsstandes in vollem Umfang aufrechterhalten.

Das Befinden des Abg. Haase.

Berlin, 3. Nov. (Drahtnachricht.) Wie das „8 Uhr-
Abendblatt“ meldet, haben die behandelnden Ärzte wieder
mehr Hoffnung, das Leben des Abg. Haase zu erhalten.

Neuordnung der Beamtenverhältnisse.

Berlin, 3. Nov. Der frühere Direktor des Deutschen
Beamtenbundes, Falkenberg, der bereits im vorigen
Jahre zum Zwecke der Bearbeitung der Beamtenfrage mit
der Wahrnehmung der Stelle eines Vortragenden Rates im
Reichsministerium des Innern betraut war, ist nunmehr
nach Festabstimmung des Etats zum Geheimen Regierungs-
rat und Vortragenden Räte im Reichsministerium des In-
nern ernannt worden. Falkenberg wird hauptsächlich die
Aufgabe haben, an der Neuordnung der Beamtenverhält-
nisse, wie sie in der Reichsverfassung vorgesehen ist, insbeson-
dere der Frage der Regelung der Beamtenbesoldung, mit-
zuwirken. Mit der Ernennung Falkenbergs ist dem Wunsch
der Reichsregierung, mit der Beamtenfrage in ein festes
Beziehungsverhältnis zu gelangen, praktisch Rechnung
getragen worden.

Auslegung der Sparprämienanleihe.

WB. Berlin, 3. Nov. (Drahtnachricht.) Wie wir
hören, sind sämtliche Vorbereitungen zur Auslegung der
neuen Sparprämienanleihe nunmehr vollständig getroffen.
Die Zeichnung beginnt am Montag, den 10. November.
Zeichnungen nehmen entgegen jede Bank, jeder Bankier, jede
Sparkasse und jede Kreditgenossenschaft.

Hilfsförderung der Kriegsgefangenen aus Japan.

Berlin, 3. November. Nach einer amtlichen Mitteil-
ung der Schweizerischen Gesellschaft in Tokio war in der
zweiten Hälfte des Oktober der Abluß eines Ueberein-
kommens mit der japanischen Regierung über die beson-
dere Hilfsmittel für Kriegsgefangene zu erwarten. Die
Gesellschaft hat die Charterung von Schiffsräumen in die
Hand genommen und in Aussicht gestellt, daß der erste
Transport ungefähr drei Wochen nach Abschluß des Charter-
vertrages abgehen kann, das wäre im Laufe des Monats
November. Nähere Angaben über die Aufnahmefähigkeit der
Transportschiffe, das Datum des Abganges der einzelnen
Schiffe und die anlaufenden Zwischenstationen stehen noch
aus. Sie werden alsbald nach Eintreffen veröffentlicht
werden.

Japan in Sibirien.

Stockholm, 3. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die
sinnliche Presse meldet, daß der außerordentliche Ge-
sandte im japanischen Regierung, General Rato, in
Omsk im Hauptquartier Sibirien eingetroffen ist zur
Eröffnung von Unterhandlungen.

Die Schweiz über die Blockade gegen Rußland.

Bern, 3. Nov. (Schweizerische Eidgenössen-Agentur.)
In der Antwortnote betreffend die Blockade gegen Sow-
jetrußland hat der Bundesrat dem französischen Mini-
sterpräsidenten Clemenceau mitteilen lassen, daß alle
vorgeschlagenen Maßnahmen vollständig mit dem schwei-
zerischen geltenden Völkerrecht vereinbar sind und der
Sowjet-Regierung zu unterbreiten.

Wie wird Elsaß wählen?

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.
Die Sozialisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.
Die Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

Die Wahlen zur Deputiertenkammer sollen in Elsaß-
Lothringen am 16. November stattfinden. Immer noch ist
der Kampf der Parteien in Elsaß-Lothringen ein
schwieriger, weil die Parteien in Elsaß-Lothringen
nicht mehr einheitlich sind, sondern in zwei Gruppen
zerfallen sind. Die eine Gruppe ist die der Sozialisten,
die die andere die der Nationalisten. Die Sozialisten
haben sich für die Einheitsliste zu einigen. Die
Nationalisten haben sich für die Einheitsliste zu einigen.

der so dringend nötigen Hilfe gestört, daß mit der Zeit das ganze Land in Empörung geraten ist. Trotzdem laßt sich in Ostpreußen ein und der andere angelegene Franzose einen Kammerhofs zu ergatten. General Wauhub, der Lis vor kurzem Gouverneur von Wech war und mit seinem Schützling, dem Bürgermeister Brezel, von der Bildfläche verschwinden mußte, hat sich auf die Flucht nach „Unica Republica“ setzen lassen und auch D. Laßle soll in Ostpreußen tendieren wollen. Sie werden selbst bei der romanischen Grenzbevölkerung einen schweren Stand haben, bei den Letztgenannten „hohes“, die im Lande die Wehrkraft haben, wird ihr Lebensmühen wohl vergeblich sein.

Der Oberste Rat und die obereschlesischen Gemeinderatswahlen.

Berlin, 3. Nov. Der international Oberste Rat hat vor einigen Tagen eine Anfrage wegen der bevorstehenden Gemeinderatswahlen in Oberschlesien an die deutsche Regierung gelangen lassen. Da es sich hier um eine rein preussische Angelegenheit handelt, hat sich die Reichsregierung mit dem preussischen Staatsministerium ins Benehmen gesetzt. Die Antwort der deutschen Regierung dürfte in den nächsten Tagen zu erwarten sein. Die Gemeinderatswahlen sind auf den 9. November anberaumt. Die Werbung einer Telegraphen-Agentur aus Osnabrück, daß die deutsche Antwort bereits abgegangen sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Auflösung der Friedenskonferenz.

Die Finanzfrage noch ungeklärt.
 Haag, 3. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Meldung der „New York Sun“ ist die Auflösung der Friedenskonferenz innerhalb kurzer Zeit zu erwarten. Wie es heißt, werden die Amerikaner noch im Laufe des Dezember die Heimreise antreten. Der amerikanische Reichsführer Welles wird, wenn der Frieden mit Ungarn bis dahin noch nicht abgeschlossen ist, zu dessen Unterzeichnung in Paris erwählt werden. Die größten Schwierigkeiten liegen nach wie vor in der Finanzfrage. Italien wird, wenn diese Frage bis zur Schließung der Amerikaner nicht erledigt ist, gezwungen sein, die weiteren Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten durch die Vermittlung des dortigen italienischen Konsultars zu führen haben. Nicht nur Italien, sondern auch alle übrigen interessierten Nationen in Südeuropa und nicht zuletzt Frankreich, werden aber damit nicht einverstanden sein. England läßt nach wie vor fest entschlossen zu sein, Willen in seiner unerlösten Haltung Italien gegenüber zu unterhalten. In der letzten Zeit zeigte sich immer mehr, daß die englische und die französische Diplomatie mehr und mehr auseinandergehen. In den jüngsten Tagen hat sich herausgestellt, daß England und Amerika fast in allen Fragen übereinstimmen, während andererseits die Spanier, die Clemenceau Italien entgegenbringt, immer deutlicher werden. Das ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß Frankreich bei den noch zu erwartenden Regelungen in der Türkei Italiens Unterstützung wünscht, weil die Franzosen in diesen Fragen den Engländern sehr mißtrauisch gegenübersehen.

Agitationsverbot in Amerika.

Berlin, 3. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Meldet aus New York, daß Frank Hayes und 30 anderen Gewerkschaftsführer verübereingekündete jede Agitation verboten wurde. Dieses Verbot wurde auf Erlaß des stellvertretenden Generalanwalts ausgesprochen.

435 000 streikende amerikanische Bergarbeiter.

Amsterdam, 3. November. Reuters. In New Yorker Arbeitskreisen läßt man die Zahl der streikenden Bergarbeiter auf 435 000. Die Zahl der nicht gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter, die die Arbeit nicht eingestellt haben, wird auf 100 bis 200 000 geschätzt.

Amerikanischer Geschäftsträger in Berlin.

Washington, 3. Nov. (Savas.) Der amerikanische Regierungskommissar in Deutschland, Elsie Worring Drexel, ist zum amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ernannt worden.

Die englische Arbeiterpartei.

Amsterdam, 3. Nov. Reuters aus London meldet, gewinnt die Arbeiterpartei bei den Gemeinderatswahlen in London und der Provinz schnell an Boden. In mehreren Londoner Kreisen wird die Arbeiterpartei über eine große Mehrheit verfügen.

In London.

London, 3. Nov. Reuters. Professor Brentano, Professor Oppenheimer, Dr. Guttmann und der holländische Delegierte Dr. Treub sind hier eingetroffen.

Denkmal in Bedrängnis?

Amsterdam, 3. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Auf der Straße Fredericssloot-Groenow gehen die Tage mit viel Regen und meistens nur die ganze Verbindung tagelang unterbrochen. Alle Verkehrsdenkmäler, normale Verbindungen zerstört, sind bis jetzt gekleidet. Die Stadt Regierung ist immer noch im Besitz der Aufständigen. Alle Wege, die durch das Gouvernement besetzt sind, sind in Unordnung, vielfach ganz und gar unbrauchbar. Im Gouvernement sind die Vertreter Deutschlands jetzt nach ihrem Erscheinen nieder-

gemerkt worden. Die gegen die Aufständigen entlassene Expedition löste ohne Erfolg. Die Aufständigen verfügen über reiches Material. Das Gouvernement belohnt ein ihrer der mächtigsten Mittelpunkte der Aufständigen Bewegung, Anononban Bachnach ist durch fortwährende Angriffe systematisch zerstört. Die Aufständischen von Komotow beunruhigen ununterbrochen die hinteren Verbindungen der Denkschriften Front.

Trozkis der Gefangennahme entgangen.

St. Petersburg, 3. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Der Präsident der nordwestrussischen Regierung, Pjanofow, erzählte in einem seiner zahlreichen Presseinterviews, wie Trozkis gefangen genommen wurde. Als die Truppen Judentzins in Jaroslawo Selo einmarschierten, erfuhr man, daß dort das Hauptquartier Trozkis gewesen sei und daß er mit seinem Stabe sich noch in Dniepr befände. Eine schnelle Durchsicherung der Stadt wurde angeordnet und eine Reihe Unteroffiziere und Stabsoffiziere verhaftet, während Trozkis mit einer eisenklammernden Fesselung ganz ruhig ein Automobil besaß und die militärische Sperre durchfuhr.

Verständigung zwischen Bermond und der Entente.

Sankt Petersburg, 3. Nov. Eine Meldung aus Kiew besagt, daß seit dem Abbruch der Verhandlungen zwischen Bermond und der Entente eingetretten sei, so daß bereits Gerüchte von einem bevorstehenden Abzuge umfassen. Diese Gerüchte werden von Letzterer Seite bestritten. Ein englischer Offizier, Mitglied der Militärkommission, erklärte einem Vertreter des „Morning Post“ in Kiew, daß sich die Beziehungen zwischen Bermond und der Entente verbessert hätten, und daß eine Verständigung nicht ausgeschlossen sei.

Sankt Petersburg, 3. Nov. Unter englischem Vorbehalt haben zwischen der britischen und estnischen Regierung Verhandlungen stattgefunden. Diese sollen nunmehr zu einem Protokoll zwischen Lettland und Estland unter folgenden Bedingungen führen: 1. Lettland tritt den Kreisfall und Teile des Kreises Wolmar beibehalten an Estland ab. 2. Die Letten haben die estnischen Hilfstruppen zu verlegen. 3. Eventuelle Beute fällt den Esten zu. 4. Der Oberbefehl über die lettisch-estnischen Truppen geht an den General Rahonner über. Als Gegenleistung haben die Esten die Letten an der Sigaer Front zu unterstützen. Diese Meldungen bedürfen jedoch noch weiterer Bestätigung. D. Nov.

Die österreichische Verfassungsfrage.

Wien, 3. Nov. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag besprachen sich nach einer Meldung des Wiener „Arbeiter-Büros“ Staatskanzler Renner über die Verfassungsfrage und betonte, daß in dem Anschluß der Verfassungsfrage behandelt werde, auch Vertreter der anderen Parteien anwesend waren. Die Verfassung werde eine demokratische sein und die öffentliche Gewalt werde auf dem Volkswort beruhen. Der Staatskanzler erläuterte die Vereinbarungen der Koalition und erklärte unter lebhaftem Beifall, daß die Einheit des Reichsgebietes und der Sozialgesetzgebung die unerlässliche Voraussetzung für die Annahme der Verfassung sei.

Der Erzbischof von Köln im Sterben.

Berlin, 3. November. Die „Germania“ meldet: Im Sterben des Erzbischofs von Köln, Kardinals von Hartmann, der an Gefäßschwäche leidet, ist eine Verärgerung eingetreten durch Singulieren von Herzschwäche. Er hat bereits die Sterbepflichten empfangen.

Verbot des Schiebertums an Eisenbahnen.

Berlin, 3. November. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht ein Verbot der unrichtigen Benutzung der Eisenbahnen und eine Verordnung über die Erhebung eines durch Verringerung der Höchstpreise für Düfte, Heile und Leber sich ergebenden Zuschlaggewinns.

Die Rechte und der Etat.

Die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei haben sich mit der Abkündigung des Reichshaushaltsplans am 30. Oktober lediglich in einer Demonstration in Köln gefaßt. Sie haben sich in der letzten Voraussetzung, daß es auf ihre Zustimmung nicht entkommt, daß der Etat auch ohne ihre Zustimmung schließt zur Annahme gelang, um eine für einen Volksvertreter ganz charakteristische Pflicht heranzuholen, welche die für die Aufrechterhaltung des Staates unbedingt notwendigen Mittel zu beschaffen. Sie haben sich vergangen gegen den Grundatz, daß sich ein jeder Bürger als Mitglied für sein politisches Handeln bekannt hat.

Wenn man zu einer Frage parlamentarisch Stellung nimmt, so muß man sich immer fragen: Würdest du diese Stellung auch einnehmen, wenn die Mehrheit hätte und dein Votum für den Beschluß des Reichstages ausfallen würde? Wenn anders handelt, der Handlung nicht ist.

Die Entscheidung über den Rechten würden sich wohl gefestigt haben, den Etat abzulehnen, wenn von ihren Stimmen keine Annahme abhängig gewesen wäre. Denn die Deutschnationalen sprachen in ihrer abendlichen Erklärung von der „selbstverständlichen“ Pflicht, die für die Fortführung der Verwaltung des Reiches notwendig, auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Ausgaben zu leisten, insbesondere Gehälter, Besoldung und Löhne zu zahlen. Aber diese Pflicht wollen sie nur für die Regierung anerkennen, ihnen selbst sollte der Mut, die Verantwortung zu übernehmen für eine unbedingte Pflicht der Volkserhaltung. Daß die Deutschnationalen selbst des Bewusstseins hatten, bei der Ablehnung des Etats nur keine Demonstrationspolizei zu treiben, dafür liefert die „Kriegszeit“ einen glänzenden Beweis, die am 31. Oktober abends schrieb:

„Nunmehr hat der Beratung des Reichs-Haushalts-Berichtes zur Erörterung der Ausgaben des Etats, fernab aber durch die Abstimmung gegen den Etat der Regierung die Vollmacht zur Ausführung dessen erteilten, was sie selbst beabsichtigt haben. Genau so infolge und verantwortungsvoll wie früher die Sozialdemokraten als „Votumgewerker“ haben am 30. Oktober die Parteien der Rechten bei der Abstimmung gegen den Etat gehandelt. Auch sie hatten in den Wochen vorher mehrfach die Reichsausgaben zu erhöhen verlangt.“

Die Flagge des Reichspräsidenten.

Das „Marinereordnungsblatt“ bringt einen Erlaß über die Flagge des Reichspräsidenten (Reichsflagge) mit Aufzeichnung in der Mitte, die Flagge des Reichswehrministeriums (Reichsflagge) mit Eiferem Kreuz in der Mitte, sowie die Reichsflagge in deren beiden Ecken mit Eiferem Kreuz in der inneren oberen Ecke aufgenommen wird. Der Zeitpunkt der Einführung der neuen Reichsflagge bleibt vorbehalten.

Aus der demokratischen Bewegung.

Eine demokratische Woche.

Die extremen Parteien rechts und links glauben, daß ihr Wesen blüht. Sie unterliegen einander, so oft es geht, allerdings recht wenigstens — trotz ihrer gegenseitigen Zoffenheit. Aber sie täuschen sich, wenn sie meinen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes sich vor ihnen klagen spannen lassen wird.

Der demokratische Gedanke schreitet fort. Trotz aller Widerstände, die seiner Ausbreitung sich entgegenstellen. Mit jeder Woche wächst die Erkenntnis, daß nur auf dem Wege der Demokratie ein Fortschritt des deutschen Volkes möglich ist. Die Gründe des alten Systems lassen klarer werden, daß in immer weitere Kreise die Überzeugung von der Unmöglichkeit einer Weiterentwicklung dringt. Die Lebenserinnerungen aus dem Weltkrieg, die von den Führern aus der Zeit vor der Revolution zurückzuführen sind, auf die Verhandlungen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß nach der Zerschlagung des Glaukens an die Möglichkeit des monarchischen Systems bei.

Der wirkliche Stimmung des Volkes will die Deutsche demokratische Partei Ausdruck verliehen durch die Eintragung einer demokratischen Woche in den Tagen vom 19. bis 20. November. Die parlamentarische Vertreter der Partei, neue Reichstagesparlamentarier und in den Reichstagen der einzelnen deutschen Länder werden in dieser Zeit ihren wichtigsten Verfassungen abhalten. Die Parteifunktionäre werden demokratische Kurse veranstalten zur Eröffnung der Winterarbeit.

Ihr Verlauf wird zeigen, daß die Hoffnung der Freunde der Demokratie nicht zu weit ist. Ihre Förderung ist die Fortsetzung des Tages. Ihr Gebot ist Juni.

Bericht über den demokratischen Parteitag.

Sieben ist der ausführliche Bericht über die Verhandlungen des ersten Parteitages der Deutschen demokratischen Partei erschienen, der in den Tagen vom 19. bis 22. Juli 1919 in Berlin abgehalten worden ist. Das 400 Seiten starke Werk enthält neben dem Bericht über den allgemeinen Parteitag der Gesamtpartei auch Berichte über die Tagungen der demokratischen Frauen und des Reichsbundes Deutscher demokratischer Jugendvereine, die im Anschluß an die Verhandlungen der Gesamtpartei in jenen Tagen in Berlin gehalten wurden. Der Bericht ist herausgegeben von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei, Berlin SW 11, Köpenickerstraße 33, und kann von jeder Partei von 5 Mark zuzüglich 40 Pfennig Porto bei Vorauszahlung des Betrages oder gegen Nachnahme von 5,65 Mark bezogen werden. Die Besendung erfolgt in der Reichspost der Postkarten.

Am Freitag abend fand in Paris ein Treffen von der dortigen Ortsgruppe der demokratischen Partei einberufenen Versammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Abg. D. H. H. sprach über: „Deutschlands Weg voraus.“ Seine Ausführungen fanden großen Beifall. Eine Reihe von Anfragen wurden in der Aussprache vom Vortragenden beantwortet.

Am Sonnabend hielt der Reichs-Verbandsführer A. F. H. A. u. d. r. in der im Reichshaus Schloßhof ein sehr gut besuchtes Versammlung ab. Redner war Abg. D. H. H. Zwei Parteisekretäre der D. S. P., darunter der bekannte Herr Hennig erglänzte in der Aussprache das Wort, um in der bekannten Art gegen Vorkriegs- und Kapitalismus zu kämpfen. Interessant war dabei, daß die Redner besapient, Ehrer und Schiedsmann seien nie Sozialisten gewesen. Die neue Reichsverfassung ist realistisch. Sie entspricht nicht von Demokratie. Mit solchen und ähnlichen Aussagen erglänzte bei einem Teile der Anwesenden, der aus jenen Seiten bestand. Ein Redner der Unentschiedenheit. Abg. D. H. H. sprach sich in seiner Entgegnung sehr gründlich heim. Vielleicht war es gegenüber dem Herrn Hennig, der nach all dem Vorgekommenen noch den Mut zu öffentlichem Auftreten findet, zu anständig. Aber riefst wird das später noch einmal nachgeholt, wenn die D. S. P. nicht selbst Hennig abschlachtet.

Halle und Umgegend.

Stadterordneten-Sitzung.

Am vergangenen 4. des Monats Sennia, Dr. Reif, Siegler und Reif. Ein Antrag ist eine Mitteilung von der Gründung des Bundes Deutscher Arbeitervereine. Der Bundespräsident Reifergarten wünscht die Fortführung der Sitzungen abhalten 4 bis zum Jahresanfang. Die Einlage wird dem Magistrat als Material überwiesen. Einigen ist eine Einlage der nächsten Tage in dem Anwesenheit in der der Wohnung eines Parteimitglieds, die eine Einlage der nächsten Tage in dem Anwesenheit, die der Magistrat, der hat bisher einem Teilnehmenden abgeben, grobenab gestellt hat, eine Einlage getroffen hat.

